

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Tageblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 260.

Donnerstag, 8. November 1917, abends.

70. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag zweimal 1,7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Herausgabezeit, durch unsere Zeiger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Redaktion. Verkaufsstellen vierzehntäglich 2,00 Mark, monatlich 26 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Genüge für das Erscheinen am bestimmten Tag und Platz wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Anzeigetafel 7 Silber) 20 Pf. Ortspreis 15 Pf.; zeitraubender und unchristlicher Tag entweder höher. Nachweisungs- und Berichtigungsgebühr 20 Pf. Sicht Tafel. Beihilfliche Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfüllt, durch Flage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungseinrichtungen: Erzähler an der Elbe. In Halle höhere Gewalt - Krieg oder sonstige eigenständische Störungen des Betriebes der Druckerei, der Eisenwaren oder der Verkehrsverkehrsleitungen - hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung; der Bezug oder auf Rückholung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verkauf: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortliche Redaktion: Arthur Schäfer, Riesa; ihr Angehöriger: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Gemäß § 3 des Gesetzes - die Genehmigung betrifft - vom 20. Juli 1916 und § 3 der Ausführungsverordnung dazu vom gleichen Tage - Seite 89 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1916 - werden die Bezieher der dem Königswange unterworfenen Genossenschaften, ihre Genossen bis zum 15. Dezember 1917 zur Körnung hier anzumelden und dabei Geburtsjahr oder Alter, Farbe, Abzeichen und Schlag der zu förenden Genossen mit anzugeben.

Großenhain, am 5. November 1917.

2290 a E Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Gänsefarten.

Auf Grund einer Anordnung des Königlichen Ministeriums des Innern ist die Ausgabe der bei den Gemeindebehörden zu erhaltenden Gänsefarten spätestens am 10. November d. J. einzustellen.

Großenhain, am 7. November 1917.

200 a V Der Kommunalverband.

Auf Blatt 23 des bieigen Genossenschaftsregisters ist heute die durch die Satzung vom 15. September 1917 errichtete Genossenschaft unter der Firma: Vertreibergenossenschaft mit beschränkter Haftlichkeit der Ortsgemeinde Riesa des Vereins der Beamten der Königl. Sächs. Staats-eisenbahnen (e. V.) in Riesa eingetragen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Bezug von Lebensmittel- und sonstigen Wirtschaftsdürfissen von der Großhandelsgenossenschaft des Vereins der Beamten der Königl. Sächs. Staats-eisenbahnen (e. V.) m. h. b. o. und der Vertrieb dieser Waren an die Genossen oder deren Vertreter gegen Bezahlung und nebenbei,
- der Kauf von Waren, soweit solche von der in a genannten Großhandelsgenossenschaft nicht erhältlich sind, und ihre Abgabe an die Genossen oder deren Vertreter gegen Bezahlung,
- der Abschluss von Rabattverträgen mit Gewerbetreibenden und Kaufleuten zur Belassung wirtschaftlicher Vorteile für die Genossen.

Die Bekanntmachungen der Genossenschaft werden in der "Deutschen Eisenbahn-Bammlenzeitung" und dem örtlichen Amtsblatte veröffentlicht. Sie erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, wenn sie vom Vorstande ausgehen, gezeichnet von zwei Vorstandsmitgliedern und wenn sie vom Ausschusse erlassen werden, gezeichnet von diesem Vorstand.

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September.

Die Haftsumme eines jeden Genossen beträgt 25 Mark.

- a) Eisenbahn-Sekretär Johannes Zimmermann,
- b) " " Wirklicher Robert Seitz,
- c) " " Schreiber Jakob Witsuba,
- d) Kaufmann Max Müller,

samtlich in Riesa, sind Mitglieder des Vorstandes.

Zur Rechtsverbindlichkeit ist die Zeichnung oder die Erklärung zweier Vorstandsmitglieder erforderlich.

Die Erklärung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterchrift hinzufügen.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Riesa, den 4. November 1917.

Königliches Amtsgericht.

Auf Blatt 470 des Handelsregisters, die Firma: Hotel Wettiner Hof, Ernst Rudolf Richter in Riesa betreut, ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.

Riesa, den 5. November 1917.

Königliches Amtsgericht.

Verkehr mit Butter und Quark in der Stadt Riesa.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain vom 1. November 1917, Verkehr mit Butter und Quark betr. - Riesaer Tageblatt Nr. 225 vom 2. November 1917 - geben wir folgendes bekannt:

1. Als bietliche Sammelstelle für die Molkerei-Genossenschaft Riesa, e. G. m. b. o., in Riesa, Wettinerstraße 24, bestimmt worden. An diese Stelle sind seitens der Butterhersteller sämtliche den zulässigen Verbrauch übersteigende Mengen an Butter und Quark abzuliefern. Die Abgabe von Butter und Quark seitens der Erzeuger unmittelbar an die Verbraucher ist unter allen Umständen verboten.

Neue Wirren in Russland.

Die Kerenski-Diktatur, die sich in den letzten Wochen mehrfach den Unruhen gäb, als wollte sie sich wieder ganz dem Arbeiter- und Soldatenrat unterordnen, hat die Massen fallen gelassen. Nachdem es ihr misslang, die Führer des "Sowjet" zu bestimmen, hinzu ziehen und an entscheidenden Entscheidungen zu hindern, hat sie die Brücken zwischen den Arbeitervierteln und dem Zentrum der Hauptstadt zerstören lassen und bereitet sich auf eine gewaltsame Vertreibung ihrer Machtposition vor. Den Anlaß zu diesem Vorgehen bot, wie schon mitgeteilt, das Verlangen des militärischen Ausstausches des Arbeiter- und Soldatenrates, alle Befehle des Generalstabes kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilnehmen zu dürfen.

Es scheint so, als sei der Arbeiter- und Soldatenrat durch sein Vorgehen nur den Ausführung eines von langer Hand vorbereiteten Staatsstreichs aufgesperrt. Die Ernennung des General-Marschalls zum Botschafter in Petrograd und der Rücktritt des sozialistischen Kriegsministers General Merckovitsch bestimmt waren, daß Kerenski die Stunde für eine möglichst endgültige Staatsstrophe gegenüber der "Demokratie" gekommen glaubte. In demselben Stunde legte man das Wiederantrachten des Generals Alexejew in Petersburg aus, der sowohl mit Kerenski, wie mit tschechischen Führern und dem unvermeidlichen englischen Botschafter Gustavus Besprechen hatte. General Alexejew war unvergänglich dazu ausgerufen, Russland auf der Partei Konferenz zu vertreten; er hatte den Antrag abgelehnt, weil sich Kerenski noch nicht dazu verneinen konnte, auf eine Erörterung der Kriegszielfrage zu verzichten. Ebenso ausfällig wie sein plötzliches Erstreben in Petersburg sind Berichte, wonach die Generale Brusilow und Rukhlid wieder an die Spitze großer Truppenverbände treten sollen.

Rück einer Melbung aus Stockholm sollen nicht weniger als elf große Regierungsräume übereinstimmend

beschlossen haben, daß die vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgearbeiteten Richtlinien für Erörterungen über den Frieden auf der Partei-Konferenz als offizielles Friedensprogramm der russischen Republik zu gelten haben. Für diesen Beschluß sollen sich das soldatische Komitee der Nordfront, das Erkundungskomitee der rumänischen Front, das Leningrader Bollaugenkomitee der baltischen Flotte, das Matrosenkomitee der Schwarzen Meerflotte und der Soldatenrat des Odesser Militärbezirks eingesetzt haben. Wenn das auftritt, so kann man daraus nur den Eindruck gewinnen, daß es um die Sache des Arbeiter- und Soldatenrates nicht schlecht bestellt ist.

Das russische Volk bringt auf unverzügliche Einleitung von Friedensverhandlungen, weil es nicht für imperialistische Kriegssiege der plutoaristokratischen Regierungen Englands, Frankreichs und Amerikas kämpfen will. Seit dem Siege der Revolution gibt sich Herr Buchanan im Bunde mit der amerikanischen Diplomatie alle ernsthafte Mühe, die Macht des Arbeiter- und Soldatenrates zu brechen, um eine russische Sozialdemokratie organisieren zu können, denn die ihrer revolutionären Führer vertrauten Truppen ebenso blindlings gehorchen müssen, wie sie den zaristischen Nachhabern. Bisher haben sich alle diese Anstrengungen, als Spionagearbeit erwiesen. Es wird sich bald herausstellen, ob es sich diesmal um eine besser und gründlicher vorbereitete Bewegung handelt als um die Kornilow'sche.

Kerenski über den Konflikt.

Aus Petersburg wird gemeldet: In der Sitzung des einstweiligen Rates der Republik sagte auf eine Frage, was die Regierung zu tun gedenke, um den Verlust der Maximiliani, bis der Staatspräsident zu bestimmen, zu verhindern, der Präsident Kerenski u. a.: Die Verfassung, den Zusammenschluß der verfassungsgeschützten Versammlung zu verhindern, komme von zwei Seiten: von der äußersten Linken und von der äußersten Rechten. Sie kommen in den Kritiken des Staatsverordneten Lenin zu

Wort. Nun nennen diese Anstrengungen nicht dem deutschen Proletariat, sondern den Deutschland beherrschenden Schichten, denn sie tragen dazu bei, unter Freiheit den Truppen des Kaisers und seiner Freunde zu öffnen. Mit Bezug auf den Streit zwischen dem Stab des Militärgouverneurs von Petersburg und dem revolutionären Militärausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates habe Kerenski fort: Die Militärgewalt konnte die Forderung des Ausschusses nicht als gesetzlich anerkennen und forderte von ihm die Rücknahme seines Befehls. Der Ausschuss eröffnete zum Schein Verhandlungen und zeigte sogar Reaktion zur Verständigung. Aber gleichzeitig begann er heimlich Waffen und Patronen an die Arbeiter zu verteilen. Dies ist der Grund, warum ich einen Teil der Bevölkerung von Petersburg als aussichtslos anschaue. Kerenski schloß mit der Erklärung, daß alle Teile des Landes, alle Parteien und Bevölkerungsschichten in dem Kampfe gegen die herannahende Gefahr beitragen müssten, und verlangte von dem Parlament eine sofortige Erklärung, ob die Regierung bei den entscheidenden Maßregeln gegen die Feinde des Vaterlandes auf seine Hilfe zählen könne.

Die Maximalisten am Werk.

Reuter meldet aus Petersburg: Eine Abteilung Marine-soldaten unter dem Befehl des revolutionären Ausschusses der Maximalisten besetzte die Geschäftsräume der amtlichen Petersburger Telegraphen-Agentur, die Telegraphen-Zentrale, die Staatsbank und das Marineministerium, wo der einstweilige Rat der Republik tagt. Beide Sitzungen waren angeblich der Lage aufgehoben. Bis jetzt wurden keine Unruhen gemeldet, mit Ausnahme einiger Fälle von Raubüberfällen.

Der russische Kriegsminister für den Sonderfeldzug.

Das Blatt "Burgen" teilt mit, daß der russische Kriegsminister Werchovitsch in einer Sitzung des Sonderfeldzugsausschusses des Reichstags vorschlagen habe, mit Deutschland einen Sonderfeldzug zu führen.